

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Jährenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Tel. 32423 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 4692 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M

Die Werbearbeit

für den Verband darf nicht unterlassen werden. Hat doch die Vergangenheit den Beweis geliefert, daß eine entschiedene Arbeiterbewegung bitter notwendig ist. Wie sähe es wohl heute aus, wenn nicht die Gewerkschaftsbewegung mit Entschiedenheit und Ausdauer die Rechte und Interessen der Arbeiter gewahrt hätte? Den Launen, Gleichgültigen und Irreführten muß von der Tätigkeit unseres Verbandes erzählt und dargelegt werden, daß die Feinde der soliden Gewerkschaftsbewegung auch heute noch am Werke sind. Jedes Mitglied muß fortwährend versuchen, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. **Auf, an die Arbeit!**

25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung.

Bei Gelegenheit der Jubiläumskundgebung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am Sonntag, den 12. Oktober, führte der Gesamtverbandsvorsitzende und Ministerpräsident a. D., Kollege Adam Stegner u. a. aus:

Vor 25 Jahren sah es in Deutschland in vielfacher Hinsicht anders aus als heute und auch als bei Ausbruch des Krieges. In religiöser Hinsicht konnten wir um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eine große Gleichgültigkeit beobachten. In politischer Hinsicht fehlte damals ein fester Kurs. Erst erwog man, ob man nicht die Massen durch Beseitigung des Reichstagswahlrechts politisch unschädlich machen könne. Dann versuchte man die Massen zu gewinnen durch Entgegenkommen auf sozialem Gebiet. Und als das gegenüber der Sozialdemokratie nicht gelang, verfiel man wieder ins entgegengesetzte Extrem. Im Unternehmertum fehlte im großen gesehen in den letzten Jahrzehnten vor Kriegsausbruch für die Bestrebungen der Arbeiterschaft jedwedes Verständnis.

Die Zeit, in der die christlichen Gewerkschaften entstanden, war also ihren Bestrebungen, die auf sozialen Ausgleich gerichtet waren, nicht günstig. Die Extreme beherrschten vielmehr die Stunde.

Trotzdem ging es vorwärts.

1899 waren auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften 56 000 Arbeiter vertreten. Von ausgedehnten Organisationen, von gewerkschaftlicher Opferwilligkeit war keine Rede. Es mußten erst für die einzelnen Berufsgruppen Zentralverbände gebildet, das Beitragswesen entwickelt, Verbandszeitschriften und Literatur geschaffen und Führer herangebildet werden. Nach 15 Jahren (bei Ausbruch des Krieges) bestanden für die verschiedenen Berufsgruppen 25 Zentralverbände mit 350 000 Mitgliedern, rund 350 freigestellten Beamten und mehr als 20 000 ehrenamtlich tätigen Vertrauensleuten, etwa 30 gewerkschaftliche Zeitschriften und eine reichhaltige Literatur. Die einzelnen Verbände hatten eine Jahreseinnahme von mehr als sieben Millionen und ein Vermögen von nahezu zehn Millionen Mark. In den letzten Jahren stieg die Mitgliederzahl in den christlichen Gewerkschaften auf über eine Million, im Deutschen Gewerkschaftsbund auf rund zwei Millionen. Die Mitgliederzahlen haben allerdings durch die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit einen Rückgang erlitten. Welche Arbeit in den genannten Ziffern steckt, können nur jene ermessen, die den Werdegang der christlichen Gewerkschaften miterlebt und mitgestaltet haben. Die christlichen Gewerkschaften mußten einen schweren Kampf gegen die sozialdemokratische Richtung, gegen Unternehmertum und gegen starke geistige Strömungen im katholischen und evangelischen Lager durchkämpfen.

Durch die unausgesetzten Kämpfe nach den verschiedenen Seiten wurde es den christlichen Gewerkschaften sehr schwer gemacht, ihr Eigenleben gegenüber Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur im Vergleich zur sozialistischen Arbeiterbewegung und zu den herrschenden Anschauungen in bürgerlichen Kreisen klar herauszustellen. Es berührt immer eigenartig, wenn bestimmte Kreise des Bürgertums der Sozialdemokratie „Materialismus“ zum Vorwurf machen. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahrzehnten den Materialismus gepredigt, die bürgerliche Gesellschaft dagegen hat ihn praktiziert. (Lebhafter Beifall.) Unternehmer und Bürgertum dachten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in Deutschland nur wenig darüber nach, wie das Verhältnis der Menschen zueinander besser gestaltet werden könne. Für sie ist die Wirtschaft und das ganze öffentliche Leben immer mehr zum bloßen Geschäft geworden. (Beifall.) Als die christlichen Arbeiter angingen, Konsumvereine zu gründen, hat man ihnen entgegengehalten, das verstoße gegen den Grundgedanken und leben lassen! Als ob es eine gutgewollte

Notwendigkeit sei, daß das deutsche Volk ständig sich aus 70 Prozent bloßen Gehalts- und Lohnempfängern zusammensetze.

Die christlichen Gewerkschaften stehen in ihrer Grundeinstellung den vom kapitalistischen Geist einerseits und von der sozialistischen Idee andererseits beherrschten Volksgruppen. Wenn wir vom

Kampf gegen die sozialistische Idee

reden, so verstehen wir darunter nicht den Kampf gegen den sozialdemokratischen Arbeitskollegen, mit dem wir zusammenarbeiten müssen. Der Kampf unserer christlichen Weltanschauung gegen den kapitalistischen Geist und die sozialistische Idee ist der Kampf des geistigen Prinzips, das wir vertreten gegen das der materialistisch-mechanistisch beherrschten Gegenseite. (Sehr richtig!)

Vom Klassenkampfsprinzip beherrscht, teilt die Sozialdemokratie die ganze menschliche Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete. Infolgedessen kann sie kein angemessenes Verhältnis zu Volk, Staat und Nation finden. Ihr steht der ausländische Arbeiter als Klassengenosse grundsätzlich näher als der deutsche Bauer und Unternehmer als Volksgenosse. Die Sozialdemokratie kämpft den Klassenkampf im Innern und verwirft aus Prinzip den Ausgleich unter den Ständen. Sie proklamiert im Innern die Staatsallmacht, nach außen meist sie praktisch dem Staat die Rolle des Nachwächters zu. Den umgekehrten Standpunkt vertreten die gelben oder wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften. Sie wollen unbedingte Friedensbereitschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern im Innern, dagegen unbedingte staatliche Nachstanzung nach außen. Für sie ist der Staat in vielfacher Hinsicht Nachwächter im Innern und Vorkämpfer nach außen.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung lehnt beide Auffassungen ab. Sie will einen machtvollen Staat nach innen und außen, verwirft aber die Staatsallmacht nach beiden Seiten. Sie will nicht den Staat, wie er vor 1914 war, der einseitig seine Macht nach innen und außen hervorkehrte und dabei die übrigen Kräftstationen der Politik, insbesondere auch die moralischen und geistigen stark vernachlässigte. Ein Staat ohne Macht ist ein Un Ding, ein bloßer Machtstaat aber ist für die Dauer eine ebensosehr Unmöglichkeit.

Für die Sozialdemokratie ist Ausgangspunkt für das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben die Klasse, für die gelben Gewerkschaften das Werk, für die christlichen Gewerkschaften dagegen der Beruf. Der Beruf ist es, der den Menschen von der Schulentlassung bis zum Grabe begleitet; der Beruf muß den Ausgangspunkt abgeben zu einem jeitlichen Verhältnis zur Arbeit, zum Staate, zur Wirtschaft, zur Gesellschaft. Die christliche Gewerkschaftsbewegung lehnt infolgedessen den sozialistischen Klassenbegriff überhaupt ab; sie setzt an dessen Stelle den Berufs- und Standesbegriff. Nach christlicher Auffassung ist

die Arbeit für jeden Menschen sittliche Pflicht!

In den vergangenen 20 Jahren mußten unsere Verbände immer in der Defensiv kämpfen. Jetzt ist die Stunde zur Offensive gekommen. Nicht bloß die christliche Gewerkschaftsbewegung, auch die deutsche Öffentlichkeit und das deutsche Unternehmertum stehen jetzt vor einer großen Stunde. Jetzt haben die deutschen Arbeitgeber durch die Tat zu beweisen, ob ihnen die Arbeitsgemeinschaft von 1918 bei Ausbruch der Revolution bloß Bluff, bloß „Fagelversicherung“ war oder ob sie darin eine neue Epoche für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit gesehen haben. (Sehr richtig.) Wenn ein Land dazu berufen ist, hier eine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen, dann ist es Deutschland nach seinem Zusammenbruch, das jetzt in vielfacher Hinsicht neu aufbauen muß. Ich bin mir bewußt, daß wir da vor einer Riesenaufgabe stehen, insbesondere auch im Westen Deutschlands, wo im letzten Jahre außerordentlich viel Arbeitsgemeinschaftsgeist von den Unternehmern zerstückelt worden ist. (Sehr richtig.) Und trotzdem müssen wir den Arbeitsgemeinschaftsgedanken, der ein christlicher Gedanke ist, vorwärtstreiben. Individualistisch-kapitalistischer Geist und sozialistischer Klassenkampfsgeist besitzen nicht die gestaltende Kraft für den Arbeitsgemeinschaftsgedanken.

Im ganzen gesehen, stehen wir in Deutschland nicht vor lauter fundamentalen neuen Aufgaben. Wir brauchen in der Hauptsache bloß zurückzugreifen auf den Freiherrn vom Stein vor 100 Jahren. Er wollte im wesentlichen dreierlei, und zwar: das Bildungswesen gepflegt wissen, er wollte staatsbürgerliche Bildung. In der Durchführung dieses Gedankens hat das 19. Jahrhundert weitgehend versagt. Stein wollte in iter die politische Selbstverwaltung durchführen, die von unten nach oben wachsen sollte. Er sagte mit Recht, daß das, was der Mensch mit leiblichen Augen in der

Gemeinde beobachten könne, sich viel tiefer in sein Bewußtsein einprägte. Das schaffende Volk fährt mit der Steinischen Selbstverwaltungsdemokratie sehr viel besser, wie mit der heutigen Formaldemokratie. In welchen parlamentarisch regierten Ländern ist die tatsächlich schaffende Arbeit, und zwar die Geistes- und Handarbeit, Träger der politischen Verantwortung und Träger der großen politischen Geschehnisse? Im Zeitalter des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und in den Gemeinderäten hatten wir in Deutschland eine unabhängige Presse. Großindustrie und Großlandwirtschaft haben früher die Politik überragend beeinflußt und haben sich meist an dem, was die Presse schrieb, nicht gestört. Jetzt haben wir das freieste Wahlrecht der Welt; jetzt wird eine Zeitung nach der andern, ein Telegraphenbüro nach dem andern von Kapitalisten und Interessengruppen aufgekauft und damit genau wie in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika „Demokratie“ gemacht. (Allgemeine Zustimmung.) Was wir wollen, ist die Demokratie der Steinischen Selbstverwaltung in der Gemeinde, in der Provinz, in der Wirtschaft. Wir wollen den Reichswirtschaftsrat, die Bezirkswirtschaftsräte, die parteiliche Ausgestaltung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern; wir wollen die Übertragung öffentlich-rechtlicher Aufgaben an die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir wollen die in dem Betriebsrätegesetz und dem Aufsichtsratsgesetz liegenden Gedanken weiter ausgebaut wissen. Wir wollen überall im Lande Zellen bauen in der Gemeinde, in der Provinz, in der Wirtschaft, und so das Volk, die schaffende Arbeit, weitgehend in die Verantwortung für Volk und Staat hineinwachsen lassen. Wir wollen nicht die Formaldemokratie, wir wollen die wahre Demokratie, und diese heißt:

„Besorgsein Aller um Volk und Staat!“

Wir wollen nach wie vor einen auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählten Reichstag, der aber nicht in allen und selbst in den kleinsten Töpfen kochen soll, sondern der, lediglich in den großen Fragen von Volk und Staat die Verantwortung trägt und daher auch die letzten Entscheidungen zu treffen hat. Für diese Demokratie haben wir zu werben, und dafür finden wir ohne Zweifel viele Anhänger in allen Volksschichten und Parteien.

Stein wollte sodann die einzelnen Bürger an Heimat und Vaterland interessieren durch Besitz. Vor 100 Jahren waren 60 bis 70 Prozent des preußischen Volkes unselbständige Bauern. Aus dieser Situation heraus ist der Gedanke der Bauernbefreiung, der Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft, erwachsen. Heute sind 70 Prozent des deutschen Volkes Gehalts- und Lohnempfänger. Sie bilden nicht die einheitliche Schicht wie ebendies die unselbständigen Bauern, und trotzdem muß auch dieser Gesellschaftsschicht gegenüber im wesentlichen daselbe gesehen, wie vor 100 Jahren. Es ist jedenfalls ein auf die Dauer unerträglicher Zustand, daß in einem Lande, das über 100 Jahre allgemeine Schulpflicht hinter sich hat, dessen Volk über das gleiche Wahlrecht verfügt, auf einem hohen Stand der Zivilisation und Kultur angelangt ist, 70 Prozent des Volkes aus bloßen Gehalts- und Lohnempfängern besteht. (Sehr richtig.) Zur Abänderung dieser Dinge gibt es vielerlei Mittel auf vielerlei Wegen. Es müssen die organisierte Gewerkschaftskraft, die organisierte Sparrkraft und die organisierte Konsumkraft auf den großen Gedanken eingestellt werden, daß die 70 Prozent Gehalts- und Lohnempfänger weitgehend in den Mitbesitz und in die Mitverwaltung der Wirtschaft hineinwachsen.

Die christlichen Gewerkschaften sind auch berufen, Brücken zu schlagen auf religiösem Gebiet. Ihnen liegt nichts ferner, als etwa eine Vermischung der geistigen Grenzen zwischen Katholiken und Evangelischen herbeizuführen. Sie wollen

sein Mitbestimmten,

sie wollen, daß die beiden großen Religionsgesellschaften ihr konfessionelles Eigenleben positiv und kristallklar herausarbeiten und es unter ihren Angehörigen befestigen und vertiefen. Sie wünschen allerdings, daß man nicht bloß das Trennende, sondern auch das Einigende stark betonen und hervorkehren möchte. Sie wünschen die beiderseitige Zurückdrängung der konfessionellen Unbuddsamkeit im öffentlichen Leben. (Bravo.)

Seit 20 Jahren besteht zwischen katholischen und evangelischen Landesvereinen (Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gefellen- und Jünglingsvereinen) einerseits und den christlichen Gewerkschaften andererseits eine Waffenbrüderlichkeit, die in den nächsten Jahren wieder stärker gepflegt werden muß. Die umfährten Aufgaben wollen die christlichen Gewerkschaften in Verbindung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den konfessionellen Landesvereinen

Eine Verbesserung unserer Lebenslage

kann erst dann erreicht werden, wenn die Arbeiterchaft ihre

gewerkschaftliche Organisation - das wirksamste Kampfmittel - nach innen wie nach außen stärkt.

Durchführen. Wir wollten keine christliche Gewerkschaftsbewegung den Worten nach, sondern eine solche der Tat! Der Redner schloß, indem er Worte des Dankes sprach für die großen Ideenführer der Bewegung. Er gedachte der Hize, Stocker, Pfarrer Weber. Dankte auch dem Kardinal Dr. Schulte für seine den christlichen Gewerkschaften während des Gewerkschaftsstreites im katholischen Lager geleisteten Dienste. Er dankte weiter Herrn Eigentat D. M. u. m., der ziemlich isoliert stand in dem Bestreben, der christlichen Gewerkschaftsbewegung auch Eingang in die evangelischen Kreise zu verschaffen. Schließlich dankte er noch den führenden Herren der katholischen und evangelischen Arbeitervereine und schloß: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung hofft in Zukunft noch ein großes Stück mit ihren Freunden gemeinsam zurücklegen zu können in alldringendem Interesse für Christentum, Arbeiterschaft, Volk und Vaterland.“ (Lebhafte, langanhaltender Beifall.)

Aus der Jugendzeit unserer Gewerkschaftsführer.

Aus Anlaß des Silberjubiläums unserer christlichen Gewerkschaften hat der Gesamtverband eine Festschrift erscheinen lassen, die in keiner Gewerkschaftsbücherei fehlen darf. (Preis 4.— Mark. Zu beziehen durch den Christl. Gewerkschaftsverlag.) Diese Schrift enthält u. a. auch Lebensbeschreibungen unserer Führer. Die nachfolgend wiedergegebenen Stellen aus den Beschreibungen bieten einen Einblick in die wirtschaftliche Mühen und Kämpfe, die unsere heutigen Führer in jungen Jahren zu überwinden hatten.

Adam Stegerwald schreibt u. a.:

Von frühester Jugend an bis zum 15. Lebensjahre war ich in der Landwirtschaft tätig. Mit 15 Jahren ging es zu einem Schreinermeister in die Lehre. Die Lehrzeit war ebenso hart, wie die frühere Jugend. Die Kost in der Lehre war gut; die Schlafgelegenheit befand sich direkt unter den Dachziegeln. Zu zwei Lehrlingen schliefen wir in einem gemeinsamen Bett. In den Wintermonaten waren insbesondere bei Schneeeinstößen die Bettdeckungen beim Schlafen gehen und beim Aufstehen mit Schnee bedeckt. Die Arbeitszeit betrug täglich 13—14 Stunden; in den Sommermonaten von morgens sechs bis abends neun Uhr, in den Wintermonaten von acht bis zehn Uhr, mit insgesamt 1 1/2 stündiger Pause. Nach der Lehre wurde, wie es damals „firm“ war, die Handwerksburschenschaft durchgemacht. In einem Zeitraum von drei Jahren war ich etwa zehn Wochen „auf der Waise“. Es wurden der Rhein, Süddeutschland und die Schweiz bereist. „Gefochten“ wurde kräftig. Lehrmeister dafür war der Hunger. Insbesondere wurde Baden von Mannheim bis Konstanz gründlich „abgeklopft“. Mit dem „Bug“ (Gendarm) hatte ich nie etwas zu tun bekommen. „Strafpat“ (Kontrollpat) wurden wir allerdings recht häufig. Das erste Gebot: „Du sollst dich nicht erweichen lassen“, wurde streng beobachtet.

Franz Behrens schreibt:

Bis zum elften Lebensjahre besuchte ich die Dorfschule. Im Sommer war Halbtagschule. Die „Großen“ hatten Unterricht von morgens 6—9 Uhr und die „Kleinen“ von 7—10 Uhr. Dann hatten wir frei für den ganzen Tag und konnten uns in der Landwirtschaft betätigen, also: Viehhüten, Unkraut jäten und andere leichte Arbeiten. Unsere Winterjahre begannen morgens 9 Uhr und währte außer einer Mittagspause bis nachmittags 4 Uhr. Nach meiner Schulzeit kam ich von 1886—89 in die Gärtnerlehre. Dann ging's in die Welt hinaus. Meine erste Gehilfenstelle trat ich am 1. April 1890 in einer großen Privatgärtnerei in Berlin, Tiergartenstraße, an. Im Frühjahr 1891 nahm ich als „Landschaftler“ an dem damaligen allgemeinen Berliner Gärtnerfest teil, der um den Zehn- oder Eißtundenstag, einen Landschaftsgärtnerstundenlohn von 30—35 Pfg. und für den Handwerksburschenschaftlichen einen Monatsmindestlohn von 24 Mark bei freier Station ging. Meine fast fünfmonatliche Arbeitslosigkeit im Winter 1891 auf 1892 benutzte ich zum Besuch der Gärtner-Fachschule, wie auch von Vorlesungen der Humboldtakademie, um mein mangelhaftes Wissen zu erweitern. Während dieser Zeit war Schmalhaus Küchengemeister.

Franz Wieber schreibt:

Ich war der Jüngste von sieben Geschwistern. Meine Eltern waren kleine Landwirte. Der Vater betrieb im Winter noch die Weberei. Sonstige Arbeitsgelegenheit in Fabriken usw. war nicht gegeben. Die Einkommen waren gering. Dafür wurde gearbeitet von des Morgens, wenn der Tag graute, bis zum späten Abend. Daß die Lebensverhältnisse sehr einfach und ärmlich waren, ergibt sich von selbst. Auf dem Lande wurden die Kinder schon früh zu ungenügender Beschäftigung herangezogen. Es war meine Hauptaufgabe zunächst Gänse- und Kuckhüten. Mit zunehmendem Alter wurde mir auf den Acker gefahren, Holz herbeigeschleppt und gepaltes und sonstige kleine Beschäftigungen und Hilfspausen ausgeführt. Mit 15 Jahren schickte ich mein Bündelchen und ging nach Frankfurt. In Frankfurt, in der Nähe der Wache war ein freier Platz, war mannte ihn der „Dalle“, da keine für alles auf, was Arbeit suchte. Auch ich bekam Arbeit in einem Geschäftshaus, wo ich Botengänge besorgte und im Lager auspacken mußte. Im Herbst ging ich wieder nach Haus. Noch des Vaters Tode kam ich 7 1/2 Jahr zu einem Bauer. Von der Ernte bis zur Weihnacht machte ich jede Nacht um 12 Uhr aufstehen und dreihen; mehr wie vier Stunden Schlaf gab es selten. Sonntags durfte ich mich dann mal richtig entschlafen.

Das Jahr 1886 spielt in meinen Jugendentinnerungen eine besondere Rolle. Es kamen Soldaten zur Einquartierung heimische Reiter mit blankem Helm und Karab. Die Obersten kamen an uns Kinder herangeritten und fragten uns, ob wir Preußen bagewesen seien. Endlich hieß es, die Preußen kommen. Die älteren Frauen und Männer standen beisammen und beratschlagten und wählten ihren alles Schlimme. Unsere Mutter in ihrem Gewerkschaftsgefühl widerstand dem im heftigen Dialekt: „Oh Nachbar, seid doch sei so einseitig, das arme Volk es so auch mit

schuld, das mache nur de Große, an bei de Preißer schreit jede Mutter ihrem Kind nach.“ (Nach Nachbarsleute, seid doch nicht so löchlich! Das Volk ist auch nicht schuld; die Schuld haben mit die Großen. Auch in Preußen weint jede Mutter ihrem Kinde nach.) Zur Vorsicht wurden alle Habseligkeiten vergraben. Das Vieh wurde zum Teil in den Wald getrieben. Die Preußen rückten heran. Mangellich erwarteten wir sie. Ich kann mir heute noch vorstellen, wie sie befaubt, mit Schweiß bedeckt in die Stube traten und, o Freude, sie talen uns nichts! Als sie gegessen und getrunken hatten, talen wir Kleineren schon alle Gefälligkeiten, die sie wünschten.

Johannes Giesberts schreibt:

Ich sollte des Vaters Handwerk erlernen und kam in die Lehre. Aber nach zwei Jahren holte mich mein Vater aus der Lehre zurück. „Junge, du mußt mitschaffen und verdienen helfen, es geht nicht mehr.“ Damals war eine schlimme Zeit. Unser elterliches Geschäft litt schwer, und so mußte ich durch Tagelöhnerlei einige Groschen mitverdienen. Natürlich gab's hier nur Landarbeit. Im Winter drehsen mit Flegeln. Aber dann begann mein Vater eine Ziegelei, in der ich mit 17 Jahren mitschaffen mußte. Im Sommer in der Ziegelei, im Winter in der Delmühle. Als ich Soldat wurde, 1885—1888, war ich schon so krumm gearbeitet, daß man auf der Revierstube mir die Kniee massieren mußte, um mich für den langsame Schritt brauchbar zu machen. Nach meiner Militärzeit ergriff ich einen neuen Beruf und arbeitete in einer Bierbrauerei, und als 1889 mein Vater starb, habe ich als Aeltester recht und schlecht die große Familie ernährt. Am Tage Bier gebraut und nachts Brot gebacken. Fragt man, wie es damals mit der Arbeitszeit bestellt war? Nun — man arbeitete eben bis man umfiel, eine Wrenge gab es für uns junge Leute überhaupt nicht.

Karl Schirmer schreibt:

In des Vaters Schmiede verwendete man mich von frühester Jugend an zu allerlei Arbeiten. Nach der Schulentlassung erfolgte meine Aufnahme als Schlosserlehrling bei einem mir verwandten Meister. Die Arbeitszeit dauerte regelmäßig von 5 Uhr früh bis 7 Uhr abends, eingerechnet die „Brotzeit“ oder „Besper“. In jungen Jahren schon las ich mit Fleiß alle erreichbaren Bücher. Die Gewerbeschulen in Köln, in Zürich und in München besuchte ich zwecks Berufsbildung, um eine gewisse geschäftliche Selbstständigkeit zu erlangen, die zum besseren Fortkommen nötig ist.

Joseph Wiedeburg schreibt:

Am 11. März 1888 trat ich, sechzehnjährig, die Reise nach Berlin an, wo mir ein Freund Hilfe eine Lehrstelle besorgen wollte. Mit 7,50 Mark in der Tasche, wovon das Fahrgehalt 4,10 verschlang, wurde die Fahrt in die Welt unternommen. Bei Tauwetter hatte ich morgens die Heimat verlassen, bei großem Schneeeffekt traf ich nachmittags in Berlin ein. Der lange Winter bekam einen Rückschlag. Auf den Schnee folgte neuer Frost. Am 18. März, dem Befestigungstage Kaiser Wilhelms I., zählte man 18 Grad Kälte in Berlin. Dieses Winterwetter hatte zur Folge, daß mein Freund, trotz eifriger Beihilfe meines Bruders, der schon Gefelle war, mich nicht so früh in eine Lehrstelle bringen konnte, wie er angenommen hatte. So mußte ich drei Wochen ohne jeden Verdienst in Berlin leben und Schulden machen.

Anfang April trat ich dann bei dem Meister meines Freundes Hilfe in die Lehre. Ein Wochenverdienst von sechs Mark im ersten, 7,50 im zweiten, und 9 Mark im dritten Lehrjahre, der aber vom Meister (der ein festensauter Mann war) im Herbst eines jeden Jahres um 25 Pfg. pro Tag erhöht wurde, war mein Einkommen. Im ersten Lehrjahre wurden davon 50 Pfg., im zweiten 75 Pfg. und im dritten 1 Mark pro Woche Spargeld abgezogen, das ich ausbezahlt erhielt, als ich Gefelle wurde. Mit diesem Verdienst habe ich alle Lebensbedürfnisse: Nahrung, Wohnung, Kleidung — weitere durfte ich nicht haben — bestritten. Die 5,50 im ersten Jahre wurden wie folgt verwendet: Ein Brot für 50 Pfg., ein Viertelpfund Schmalz für 15 Pfg., und Sonntags ein warmes Mittagessen in der Volksküche für 15 oder 25 Pfg. Das verbleibende Geld wurde für Kleidung und Miete notwendig gebraucht.

Neuzerzte Sparjamkeit ermöglichte es, daß ich Weihnachten 1888, vollständig neu eingekleidet und mit 24 Mark in der Tasche, meine Geschwister in der Heimat besuchen konnte.

Einen überaus wertvollen Beitrag zur Geschichte unseres Verbandes

hat der Bezirksleiter unseres Verbandsbezirks Westfalen, Kollege Heimr. Camps-Münster, geliefert durch seine 111 Seiten starke Schrift: „Geschichte und Entwicklung des Bezirkes Westfalen des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter.“ Die Schrift verjetzt den Leser in die Gründungszeit unserer Bewegung. Sie zeigt in recht anschaulicher Weise die viele Jahre anhaltenden Kämpfe um die Anerkennung der Vereinigungsfreiheit der Arbeiter. Diese Kämpfe haben vor allem in Westfalen scharfe Formen angenommen. Um diese Kämpfe zu einem für die Arbeiter glücklichen Ende zu führen, war ein hoher Idealismus und waren übermenschenliche Anstrengungen der Führer notwendig. In der Schrift von Camps kann sich der Leser mit dem Geist der Gründer unserer Bewegung vertraut machen. Darum wünschen wir sie vor allem im Besitze unserer jungen Kolleginnen und Kollegen.

Das Schriftchen von Camps betriegt über Maßregelungen im kleinen und großen. Wie müdet es einen an, wenn man den Anschlag der Dortmunder Textilfabrikanten von Jahre 1900 liest: „Um das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht zu stören, haben sämtliche Firmen beschlossen, fernerhin kein Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes zu beschäftigen.“ Damit war die Ortsgruppe vernichtet. Als dann aber bald darauf die Coesfelder Textilarbeiter den Kampf zur Sicherung des Koalitionsrechtes führten, da gingen auch in Dortmund an den Westfälischen die Sammellisten für die Coesfelder herunt. Still, verstoßen, heimlich, ging das alles vor sich, und ein ansehnlicher Beitrag zum Zusammen. Die Dortmunder führten, daß die Coesfelder den Kampf auch für sie führten. So war's auch.

Vorsorglich wurde den Arbeitgebern assistiert von den Behörden und der Polizei. In Gronau verbot der stellvertretende Bürgermeister die Gründungsverammlung, weil der Versammlungsraum den polizeilichen Anforderungen nicht entspreche. Als sich später ein anderer Wirt fand, forderte die Polizei die Entfernung aller mitgebrachten Schirme und Stöcke aus der Versammlung. In Coesfeld, wo die Fabrikanten beschlossen hatten, keine christlich organisierten Textilarbeiter zu beschäftigen, hatte der Bürgermeister sein eigenes Amtszimmer den Fabrikanten zur Beratung zur Verfügung gestellt. Vom Textilarbeiterverband forderte er die Einreichung der Mitgliedslisten. Glücklicherweise standen in den Listen alle Coesfelder Textilarbeiter. Die Einsicht in die Mitgliedslisten überzeugte dann wohl den Bürgermeister, daß den Fabrikanten nicht mehr zu helfen war. In Uhaus löste der Stadtkämmerer als Polizeibeamter kurzerhand die Gewerkschaftsversammlung auf, weil sie sich „mit politischen Sachen“ beschäftige. Diese Politik bestand lediglich in der Erörterung der Berufsverhältnisse. Den schönsten Begriff von der Gefährlichkeit der christlichen Gewerkschaften hatte wohl der Ehrenamtmann von Appelhülfen. Er wollte die Abhaltung einer Versammlung nur gestatten unter folgenden Voraussetzungen:

1. Auf den Tischen dürfen keine Bierunterfüße und Strohhoopständer stehen.
 2. Petroleumlampen dürfen nicht angezündet werden. (Als Licht erst. nur Kerzen.)
 3. Die Stühle müssen aneinander gebunden werden.
- Da die „technischen Voraussetzungen“ nicht gegeben waren, mußte die Versammlung ausfallen. Was nicht hinderte, daß die Textilarbeiter von Appelhülfen trotzdem reiflos organisiert wurden.

Die Arbeitgeber beherrschten damals noch Rathäuser, Bürgermeister, Polizei und zum Teil auch den Klerus. Als der Schupverband der Textilindustriellen des Münsterlandes gegründet war, meldete die „Königliche Volkszeitung“ in einer Zuschrift aus Arbeitgeberskreisen, daß sich einsichtige Pfarrer den Besuch solcher Gäste verbieten hätten, die in Orten, wo der christliche Textilarbeiterverband keine Existenzberechtigung habe, den Verband zur Einführung bringen wollten. Als in einem Orte eine Gründungsverammlung angelegt war, machte der Pfarrer von der Kanzel auf die Versammlung aufmerksam: Der Verband sei ganz gut, aber er gehe nicht in die Versammlung. Der Erfolg dieser „Empfehlung“ war, daß die Versammlung erfolglos blieb. — In Coesfeld erreichte der Landrat bei der Diözesanleitung der kath. Arbeitervereine, daß der Textilarbeiterverband im kath. Vereinshaue keine Versammlungen mehr abhalten durfte. „Die Arbeitervereinsleitung müsse sich neutral halten“, so lautete die Begründung für die Saalverweigerung. Dabei war das der einzige Saal, der bis dahin in Coesfeld zu erhalten war. Das Bezirkskommando unterstützte den Saalenzug, indem es Militärlaubbaren verbot, das Arbeitervereinshaus zu besuchen.

Der „beste Freund“ des Verbandes war der Bürgermeister von Gronau. Er hielt die Tätigkeit des christlichen Textilarbeiterverbandes für so bedeutsam, um sie in seinem Stadtverwaltungsbericht ausführlich zu würdigen. Aber man frage nur nicht wie. Er redete von „Lohntreiberei“, nannte tendenziös Mitgliederzahlen mit Konfessionsangehörigkeit (um nach bekanntem Muster die „ultramontane“ Sozialpolitik zu schildern), und erklärte, die Gefahr bestünde, daß die gesamte Ortsgruppe christlich-sozialer Textilarbeiter demnächst ins sozialdemokratische Lager übergehe.

Die Schrift von Camps ist ein sehr wertvoller Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften. Es ist nur zu wünschen, daß sich recht viele der alten Kollegen in unseren Reihen bereitfinden, ihre Erinnerungen in ähnlicher Weise niederzulegen. Ist doch nichts mehr geeignet, die Gewerkschaftstreue zu festigen als die Verbundenheit der Mitglieder mit der Gewerkschaftsgeschichte.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet.

Stand Ende September 1924.

Die Beteiligung an der September-Berichterstattung war leider sehr schlecht. Zehn Sekretariate und zwar: Pfulz, Barmen, Schmallenberg, Hannover, Landeshut, Zittau, Freiburg, Volkertshausen, Ebingen und Stuttgart fehlen. Dadurch wurden 17 276 Mitglieder nicht erfasst. Der Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit kann deshalb nicht in der ermittelten Genauigkeit angegeben werden. Die Gültigkeit der Leiter obestehender Sekretariate ist schlechterdings unverständlich.

Erfasst wurden 70 772 Verbandsangehörige. Davon sind voll arbeitslos:

- 1 171 männl. Mitglieder
- 1 470 weibl.
- 2 641 Verbandsangehörige = 3,6% der Erfassten

Ende Juli waren noch 8,1 Prozent der Mitglieder voll arbeitslos, Ende August 6,7 Prozent und Ende September nur 3,6 Prozent. Die eingetretene Belebung des Arbeitsmarktes ist also eine recht bedeutende.

Auch die Kurve der Kurzarbeiter hat sich wesentlich geändert. Betroffen waren:

- 6 176 männliche Mitglieder
- 8 272 weibl.
- 15 155 Verbandsangehörige = 21,6% der Erfassten

Kurzarbeiter Ende Juli 47,1%
 „ „ August 37,4%
 „ „ Septemb. 21,6%

Gegenüber dem schlechtesten Stande im Jahre 1924 ergibt sich heute folgendes Resultat: Unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit litten im Juli 1924 55,2 Prozent, Ende September sind es nur noch 25,2 Prozent.

Die Auswirkung in den einzelnen Bezirken läßt sich wegen der unvollständigen Berichterstattung kaum zeigen. Im allgemeinen ergibt sich folgendes Bild:

Rheinland u. Westfalen vollarbeitend.	6,5%	Kurzarb.	20%	b. Erf.
Sachsen	5,6%	„	29%	„
Bayern	0,8%	„	27,8%	„
Baden u. Württemberg	0,4%	„	29,1%	„

Um genaue Ergebnisse erzielen zu können, ist es erforderlich, daß wieder alle Sekretariate an der Berichterstattung beteiligt sind.

Für die Erreichung unserer Ziele ist die Stärkung unserer Bewegung erste Voraussetzung. Einflüchtvolle Mitglieder zahlen

darum nicht nur ihren Pflichtbeitrag, sondern freiwillig einen noch darüber hinausgehenden höheren Verbandsbeitrag.

Die Rheinisch-Westfälische Textilberufsgenossenschaft im Jahre 1923.

Im Jahre 1923 waren 2120 Betriebe mit einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von insgesamt 123 625 versichert. Diese Zahlen verteilen sich auf die einzelnen Sektionsbezirke folgendermaßen:

Betriebe	Arbeiter
I Düsseldorf	119 6684
II M.-Gladbach	352 25 996
III Elberfeld	173 8 968
IV Barmen	857 29 083
V Sennep	88 10 505
VI Aachen	251 14 435
VII Münster	280 27 958

Gegen das Vorjahr ist die Zahl der Betriebe um 174 und die der Arbeiter um 25 909 zurückgegangen.

Von den Genossenschaftsmitgliedern waren die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen und die Gesamtzahl der gezahlten Löhne nachzuweisen. Die der Beitragsberechnung zu Grunde zu liegenden Einheiten wurden durch Veranschlagung der Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Personen mit der für den betreffenden Betrieb errechneten Durchschnittsgehalt ermittelt und hier für jede Einheit zu zahlende Beitrag einheitlich auf eine Goldmark festgesetzt. Die Gesamtumlage für 1923 stellte sich — der Summe der ermittelten Einheiten entsprechend — auf 667 091 Goldmark. Hiervon entfielen:

auf Sektion	Betriebe	Arbeiter	Goldmark
I Düsseldorf	37	179,30	37 179,30
II M.-Gladbach	154	187,90	154 187,90
III Elberfeld	40	316,20	40 316,20
IV Barmen	119	684,50	119 684,50
V Sennep	65	727,60	65 727,60
VI Aachen	83	683,40	83 683,40
VII Münster	166	332,10	166 332,10

Unfälle und deren Entschädigung.

Im Jahre 1923 wurden insgesamt 961 Unfälle zur Anmeldung gebracht, von welchen sich später 40 als keine Betriebsunfälle ergaben. Die Zahl der wirklichen Betriebsunfälle beträgt demnach 921. Hiervon ereigneten sich 368 im maschinellen Betrieb und 553 außer Zusammenhang mit dem maschinellen Betriebe. Unter den wirklichen Betriebsunfällen waren 155 entschädigungspflichtige. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der gemeldeten Unfälle um 714 und die der entschädigungspflichtigen um 104 zurückgegangen. (Das entspricht ungefähr auch dem Rückgang an beschäftigten Arbeitern.) Den Tod hatten 11 Unfälle zur Folge.

An Unfallentschädigungen (Renten, Rentenzulagen, Kosten des Heilverfahrens usw.) wurden im Jahre 1923 rund 51 925,88 Millionen Mark gezahlt.

Die Entschädigungsbelaufungen der Berufsgenossenschaft stellen sich gegenwärtig auf etwa 50 000 Mill. Mark monatlich, jedoch muß nach dem zu erwartenden weiteren Steigern über Veränderungen in der Unfallversicherung mit einer erheblichen Erhöhung der Entschädigungslasten gerechnet werden.

Unfallverhütung.

Von den 2120 vorhandenen Betrieben wurden 727 — rund 34 v. H. revidiert. Befunde über festgestellte Mängel und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden in 274 Fällen ausgestellt. Abänderungsvorschläge oder Anregungen und Wünsche irgendwelcher Art zwecks Ausbaues des Unfallhauses wurden weder von den Betriebsunternehmern, noch von den Versicherten, mit denen die technischen Aufsichtsbeamten bei ihren Revisionsgängen möglichst Führung nahmen, gemacht.

Soweit der Auszug aus dem Wesentlichen des Berichtes. Der letzte Satz wurde von uns gesperrt hervor gehoben. Wenn es in einem Jahre nicht weniger als wie 921 wirkliche Betriebsunfälle gegeben und in 274 Fällen Mängel und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt wurden, so ist es zum mindesten auffallend, daß weder Betriebsunternehmer noch Versicherte — wie der Bericht ausdrücklich feststellt — Anregungen oder Wünsche zwecks Ausbaues des Unfallhauses an die Genossenschaft weiter gegeben haben. In der Zukunft werden unsere Mitglieder, gemeinsam mit den Betriebsvertretungen (Arbeiter- und Betriebsräten) dem weiteren Ausbau des Unfallhauses erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen. Jeder Gewerkschaftler kann auf diese Weise zu seinem erheblichen Teile mit dazu beitragen, daß bittere Not von den Familien unserer Berufsgenossen — die durch einen Betriebsunfall zu Schaden kommen — abgewendet wird.

Vom Achtstundentag.

Auf dem in Prag abgehaltenen internationalen sozialpolitischen Kongress bildete das Referat von Professor Lujo Brentano über den Achtstundentag den Schwerpunkt der Donnerstagsführung. Es sei deshalb darüber noch einiges nachgetragen.

Die Autorität, deren sich Brentano erfreut, zeigte sich in der starken Aufmerksamkeit, mit der die Zuhörer den Darlegungen des bekannten Volkswirtschaftslehrers folgten. Bei der Schilderung der Not Deutschlands und der großen Schichten des Volkes konnten sich die Zuhörer dem tiefen Eindruck der Ausführungen nicht entziehen.

Brentano wies im einzelnen darauf hin, daß er schon 1875 gegen die Verlängerung der Arbeitszeit aufgetreten sei, und betonte, daß er von dieser Zeit an für eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten sei. Deshalb könne er auch den Forderungen vieler deutscher Arbeitgeber auf Aufhebung des Achtstundentages nicht ohne weiteres beipflichten. Im übrigen hängt es nicht von der gleichen Dauer des Arbeitstages ab, ob das Höchstmäß der Arbeitszeit erzielt wird, da die Bedingungen vielfach verschiedene sind. Es wäre eine Aufgabe des Arbeitsamtes, sich der Feststellung dieser Bedingungen zu unterziehen. Erst nachher kann es beanspruchen, ein autoritatives Urteil zu fällen, ob ein Volk sich gegen die Bestimmungen des Versailles Diktats verweigert hat. Andererseits wird die ganze Existenz Deutschlands durch das Versailles Diktat und durch die Zahlungsverpflichtungen des Londoner Abkommens beeinflusst. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen kann nur durch Export-

überschuß erfolgen. Das beunruhigt begreiflich die nicht-deutschen Arbeiter infolge der ihnen drohenden Arbeitslosigkeit. Diese müssen sich an ihre Regierungen wenden, damit nicht gleichzeitig dem Wohlstande, der Freiheit, der Kultur aller zivilisierten Völker der Untergang drohe, um so mehr, als die Welt nach dem Kriege noch mehr von Zündstoff bedroht ist als vor ihm.

Brentanos Ausführungen blieben nicht ohne Widerspruch. Der Vorsitzende Thomas verwies darauf, daß die Debatte nicht vom politischen Standpunkte aus geführt werden dürfe. Mertens (Belgien) und Louhaug (Frankreich) protestierten gegen die Darlegungen des deutschen Referenten. Beide Redner traten für den Achtstundentag ein. Louhaug hob insbesondere hervor, daß die Produktion nur durch die Vervollkommnung der Maschinen, eine erweiterte Arbeitsteilung und Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Anarchie gesteigert werden könne. Er legte ferner dar, daß er Protest erhoben habe, als die französischen Unternehmer sich dafür aussprachen, Deutschland möge das Washingtoner Abkommen nicht ratifizieren.

Umbreit (Deutschland) erklärte, daß die deutsche Arbeiterschaft eine jähliche Übereinstimmung mit der Willenskundgebung, welche seitens dieses Kongresses erfolge, anstrebe und zu erzielen hoffe. Er schilderte ausführlich die Arbeitsverhältnisse in Deutschland und sagte, daß es nicht befremden dürfe, wenn die allgemeine Durchführung des Achtstundentages in Deutschland eine arbeitssteigernde Wirkung vermischen ließe. Die größte Schuld an dem Verjagen des Achtstundentages in ökonomischer Hinsicht treffe die Arbeitgeber. Die Verhältnisse in Deutschland brachten eine teilweise, zeitweilige Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland, namentlich in der Schwerindustrie und in der Textilindustrie. Die deutsche Arbeiterschaft aber ist fest entschlossen, dem Achtstundentag wieder allgemeine Geltung zu verschaffen. Sie erwartet, daß gerade von dieser internationalen Tagung viel dazu beigetragen werden wird, und daß auch die letzten Schwierigkeiten überwunden werden. Die gestrigen Ausführungen des Prof. Brentano lassen wohl Louhaug befürchten, daß ein Keil zwischen die deutsche Arbeiterschaft und die der anderen Länder getrieben werden könnte; diese Befürchtung aber ist vollständig unbegründet.

Wauters (Belgien): Die Frage des Achtstundentages muß von einem internationalen Standpunkte aus betrachtet werden. Die belgischen und französischen Arbeiter waren von Anfang an gegen die Befestigung der Ruhr. Aber was bedeutet die Okkupation des Ruhrgebietes gegenüber der Verwüstung Belgiens und Frankreichs? Brentano hat kein Recht, von der Verfassung der deutschen Arbeiterkinder zu sprechen. Die belgischen und französischen Arbeiter werden es nicht zulassen, daß die Reparationen ausschließlich abgezahlt werden auf die Schultern des deutschen Proletariats. Ueberall zeigen sich Anzeichen besserer politischer Verhältnisse; nach der Annahme des Genfer Protokolls wächst die Hoffnung auf einen dauernden Frieden. Frankreich unterhandelt loyal mit Deutschland über einen Handelsvertrag; nirgends also sind Ursachen vorhanden zum Pessimismus.

Prof. Dr. Brentano gab noch einmal die Erklärung ab, er stehe nach wie vor auf dem Standpunkte seiner Schrift, die er 1897 in Brüssel vertretet hat. Er sage aber weiter, daß nach der Verarmung Deutschlands infolge der Ruhrbesetzung das Londoner Abkommen und die Durchführung der Washingtoner Konvention unvermeidbar seien.

Hofrat Dr. Grünberg (Deutschland) hält es nicht nur aus ethischen Gründen für schwer, einen einmal verwirklichten Fortschritt rückgängig zu machen. Das dürfe man nur tun, wenn alles zusammengebrochen sei. Dazu komme die kulturelle Bedeutung des Achtstundentages. Aber auch aus ökonomischen Gründen könne man nicht zugeben, daß eine Nichtratifizierung des Washingtoner Abkommens wirtschaftliche Vorteile bringen könnte. Das deutsche Volk habe außerordentliche Lasten auf sich genommen und werde um seiner nationalen Ehre willen alles tun, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Aber die Ausbeutung der Arbeitszeit bedeute nicht immer eine Steigerung der Produktivität, während ihre Verkürzung mit dem Gleichbleiben oder der Steigerung der Produktivität Hand in Hand gehen könne. Es wird notwendig sein, die Arbeitsfreudigkeit statt des Zwanges zur Arbeit ins Auge zu fassen. Die Menschen müssen wieder aufgebaut werden, dann wird sich die Wirtschaft von selbst aufbauen. So wird der Effekt größerer Produktivität rascher erreicht werden als durch Vermehrung der Arbeitszeit. Ein Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens ist nur möglich, wenn man die psychologischen Voraussetzungen nicht vernachlässigt.

Der Arbeitnehmer als Wirtschaftsträger.

Die Erkenntnis bei der deutschen Arbeiterschaft wächst, daß es richtiger ist, sich mehr praktischen Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu sichern, als den Sozialisierungstheoretikern nachzulaufen. Wer aber praktischen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben will, kann nicht achtlos am Kapitalmarkt vorübergehen. Hier liegt der Hebel des Wirtschaftslebens. Die vielen Millionen von Arbeitnehmern, die sich durch ihre Gewerkschaften um die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bemühen, sehen bald ein, daß schließlich nicht die Höhe des Lohnes, sondern seine Kaufkraft ausschlaggebend ist. Sie versuchen deshalb mit Erfolg, durch Gründung von Konsumvereinen mit eigenen Produktionsstätten und durch den Aufzug von Wohnungs- und Bauproduktionsgenossenschaften Einfluß auf den Waren- und Baumarkt (Wohnungswirtschaft) zu erlangen. Sie gehen dabei vorwiegend und etappenweise vor, so daß Rückschläge von größerem Ausmaß ihnen bisher erspart blieben. Wenn man sich nun schon erfolgreich für die Arbeitnehmer auf dem Arbeits-, Waren- und Baumarkt betätigt, was lag da näher, als der Gedanke, durch Zusammenfassung der gewerkschaftlichen, der genossenschaftlichen und der Spargelder der Mitglieder in eigenen Bauunternehmungen auch den Einfluß auf dem Kapitalmarkt zu vergrößern. Man tappte in Deutschland in der Beziehung auch keineswegs im Dunkeln. Mutterbeispiele von gut geleiteten und erfolgreichen Arbeitnehmerbanken waren in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorhanden. Von den anderen europäischen Ländern weisen Dänemark, Belgien, Dänemark und Norwegen bereits Arbeitnehmerbanken auf. In Nordamerika

sind seit dem Jahre 1920 allein schon 22 Arbeitnehmerbanken entstanden. Bei einigen ist der Bund der nordamerikanischen Gewerkschaften der Gründer und Träger der Bankgesellschaften, bei den meisten sind es jedoch die Berufsverbände. Die bedeutendste der nordamerikanischen Arbeitnehmerbanken ist wohl die der Lokomotivführer in Cleveland. Sie besitzt ein eigenes 16 stöckiges Bankgebäude, wurde mit 1 Million Dollar Stammkapital gegründet und verfügt nunmehr bereits über 25 Millionen Dollar an Geldmitteln. Fast alle diese Banken haben Filialen in den verschiedenen Landesteilen errichtet. Die Art der Geldanlage der Arbeiterbanken richtet sich nach den jeweiligen Erfordernissen. Einzelne Banken nehmen entscheidenden Einfluß auf bestimmte Bahngesellschaften, andere legen die Gelder in Anleihen oder Handelsgeschäften an, eine andere hat scharfe Verbindung mit den amerikanischen Farmern. Durch Kreditgewährung an die Farmer läßt diese Bank z. B. einen für die Verbraucher günstigen Einfluß auf die Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus. Es ist für das klassische Land des Kapitalismus mit seinen Bankkräften typisch, wenn ein bedeutender amerikanischer Arbeitnehmerführer selbstbewußt erklärt, „wenn die Arbeiter die Macht gebrauchen, die sie in Händen haben, so könnten sie in zehn Jahren die Finanzpolitik der Vereinigten Staaten kontrollieren“.

In Deutschland war es die christlich-nationale Arbeitnehmerschaft, die der Aufforderung Stegerwalds auf dem Essener Kongress im Jahre 1920 folgte und als erste mit der Errichtung einer eigenen Bank auf den Plan trat. Später folgte der Hirsch-Dunckerische Gewerkschaftsbund der Angestellten mit einer eigenen Wirtschaftsbank. Die sozialistischen Gewerkschaften bildeten Mitte 1924 eine bis dahin bestehende Vermögensverwaltung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in eine Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten um. Die von den christlich-nationalen Arbeitnehmern im Jahre 1921 errichtete Deutsche Volksbank A. G. in Essen-Ruhr hat bereits ein eigenes wertvolles Bankgebäude und in Duisburg, Düsseldorf, Münster, Hamburg, Saarbrücken und Berlin Filialen errichtet. Sie ist an einer Reihe von Unternehmungen zum Teil ausschlaggebend beteiligt, und zahlreiche Privatfirmen, sowohl des Mittelstandes, wie auch des Handels und der Industrie haben zu ihr Vertrauen gefaßt und wickeln ihre Geldgeschäfte nur noch bei ihr ab. Im Jahre 1922 wies die Deutsche Volksbank einen Reingewinn von 16 896 550 Mark auf, und im Jahre 1923 erzielte sie einen Reingewinn von 728 961 Goldmark. In beiden Jahren wurde in weitausgehender Weise von der Verteilung einer Dividende Abstand genommen. 1922 wurde der Gewinn auf neue Rechnung vorgetragen und 1923 wurden 200 000 Goldmark dem Reservefond überwiesen, während der Rest zur 100prozentigen Aufwertung der eingezahlten Sparguthaben diente. Für diese Vollaufwertung der Spareinlagen wurde ein hoher Goldmarkbetrag durch Generalversammlungsbeschluß vom 23. Juni 1924 zurückgestellt. Sie rangiert damit in die Reihe der wenigen Geldanlagestellen, die die Einlagen voll aufwerten.

Nachdem nunmehr auch die deutschen Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftlichen Organisationen ähnlich wie die amerikanischen klar erkannt haben, daß die Kontrolle über die Kreditquellen der Wirtschaft für die Gleichberechtigungsbestrebungen der Arbeitnehmerschaft von unübersehbarer Bedeutung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist, geht sie natürlich daran, wie schon betont, auch die kleinen und kleinsten Sparbeträge aus Arbeitnehmerkreisen den eigenen Arbeitnehmerbanken zuzuführen. Man rechnete vor dem Kriege mit einer jährlichen Kapitalvermehrung von 6-7 Milliarden Mark, und die öffentlichen Sparkassen hatten 1913 einen Einlagebestand von ca. 20 Milliarden Mark, der sich jährlich um etwa 700 Millionen Mark vermehrte. Diese Spareinlagen rührten zweifellos zum größten Teil von Arbeitnehmern her. Auch das Vermögen der verschiedenen Versicherungsträger, das sich um jährlich rund 500 Millionen Goldmark vermehrte, stammt zu einem erheblichen Bruchteil ebenfalls aus Arbeitnehmerkreisen. Und wenn man noch die Arbeitnehmerinlagen bei den Banken, das Vermögen der Konsum- und Baugenossenschaften usw. hinzuzieht, dann ergibt sich, daß ein ganz bedeutender Teil des in der deutschen Wirtschaft tätigen Kapitals von den Arbeitnehmern gestellt wurde. Diese begünstigten sich mit einer mehr oder minder guten Verzinsung ihrer Gelder und überließen es anderen, mit ihrem Geld Geschäfte zu machen und die Wirtschaft entscheidend zu beeinflussen. Es fehlte eben an der Zusammenfassung der Arbeitnehmersparsamkeit und an der Geldentziehung eines gemeinsamen Willens. Das wird nun anders werden. Natürlich ist die Entwicklung eine langsame, wie ja solide wirtschaftliche Entwicklungen überhaupt langsam vor sich gehen. Jedenfalls besteht absolut die Möglichkeit, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaft dereinst als Geldgeber entscheidend mitbestimmen können. Auf alle Fälle ist dieses Ziel viel realer und leichter verwirklichtbar, als die sogenannten Vollsozialisierungstheorien der Kommunisten und Radikalsozialisten. Zur Leitung der Arbeitnehmerbanken und der von ihnen beeinflussten Betriebe werden nur die besten und vertrauenswürdigsten Kräfte bestellt. Nirgends wird und darf sich irgendwelcher Dilettantismus breit machen, man weiß genau, was auf dem Spiele steht. Von einer ausreichenden praktischen Anteilnahme der deutschen Arbeitnehmerschaft an der deutschen Wirtschaft — die Teilnahme in den öffentlich-rechtlichen Vertretungen derselben genügt nicht — hängt die Sicherheit des Staates und das Wiederhochkommen der deutschen Wirtschaft in hohem Maße ab. F. Baltrusch

Allgemeine Rundschau.

Zurück zum alten Glauben an Gott!

Bei Gelegenheit der 51. Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik Ende September in Stuttgart sprach Professor Dr. Werner Sombart über die Idee des Klassenkampfes. Er kam am Schlusse seiner Darlegungen zu folgendem Ergebnis:

„Am Menschen sind zwei Welten vorhanden, die sich ausdrücken wollen, die Welt der Natur und die des Geistes. Es ist töricht, die Motive des menschlichen Handelns in die Naturphäre schieben, sie nur als Triebe kennzeichnen zu

wollen. Die Geschichte ist kein Prozeß, in dem sich nur naturhafte Massen dahindrehen, sondern sie ist ein Kampf des Naturhaften gegen den Geist. Die Klassenkampftheorie besteht auch nicht vor dem Richterstuhl der Ethik, denn sie ist gemein. Sie bedeutet eine Gefahr für das Seelenleben der Massen. Sie treibt die Menschen zum Hassen, da sie die Bildung der ersten Friedens- und Liebesgemeinschaften (Beruf, Familie, Staat) ausschließen. Die Klasse kann nie an die Stelle einer solchen Gemeinschaft treten, da sie zerstörend wirkt, indem sie sich gegen die idealen Gemeinschaften stellt. Die Zukunftsgemeinschaft muß national sein oder sie wird nicht sein. Auch politisch ist Sombart Gegner der Klassenkampftheorie. Wie denkt er sich den Kampf gegen sie? Die Wissenschaftlichkeit ist aus der Klassenkampftheorie geschwunden, sie ist Dogma geworden, daher hat es keinen Zweck, mit wissenschaftlichen Beweisen gegen sie anzugehen. Dem Uberglauben an ihren Sieg muß ein erster Glaube an Gott entgegengesetzt werden. Nur aus diesem Glauben folgen alle diejenigen Gründe, mit denen die Klassenkampftheorie siegreich bekämpft werden kann; denn die Glaubensmacht wirkt aufbauend, sie schafft Liebe als Ausdruck eines Verbundenseins in einem Höheren. Die Ansicht, daß der wirtschaftliche Weltverkehr ein Verbundensein schafft, bezeichnet Sombart im Hinblick auf die heutige Praxis als grundfalsch. Vielleicht kommt die Erlösung aus dem Proletariat selbst. Jedenfalls gehört die Klassenkampftheorie zu den Lebensfragen der Sozialpolitik und auch unseres Volkes. Findet man keine Lösung dieses Problems, so gehen wir unrettbar dem Untergang entgegen.

Reicher Beifall belohnte den von der Versammlung mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag.

Gründung einer neuen Gewerkschaft.

Am Samstag, den 27. Sept. fand zufolge einer Notiz im "Frankfurter Kurier", in Nürnberg eine Konferenz von Arbeitern aus ganz Bayern und dem übrigen Reich statt, in welcher Stellung genommen wurde zur Neugründung einer Gewerkschaft für sämtliche nationalsozialistischen Arbeiter und Angestellten in Deutschland. Nach dem einleitenden Vortrag des Herrn Schlabauch aus Nürnberg wurde einstimmig beschlossen, die Neugründung der Gewerkschaft im Sinne Hitlers vorzunehmen. Unter dem Namen "Reichsbund großdeutscher Gewerkschaften" für Bayern (für das übrige Deutschland "Reichsbund nationalsozialistischer Gewerkschaften") wurde die neugegründete Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Gewerkschaft aus der Taufe gehoben. Als erster Vorsitzender wurde einstimmig Schlabauch-Nürnberg gewählt. Die Gewerkschaft ist vorläufig Nürnberg. Soweit die Notiz. Auf Herrn Schlabauch haben die deutschen Arbeitnehmer noch gewartet; aber auch das gesamte Volk und Vaterland.

Lieb Vaterland magst ruhig sein,
Dein Kelter wird Schlabauchs Gewerksverein,
Der national, großdeutsch und national
Und wirtschaftsfriedlich wie sozial.
In Bayern und im übrigen Reich
Nun ausholt zu einem gelben Streich.

Aus der Textilindustrie.

Neue Baumwollländer.

Die Verknappung und Verteuerung der Baumwolle in den letzten Jahren veranlaßte eine Reihe überseeischer Länder, sich dem Baumwollanbau zuzuwenden. Neben den Vereinigten Staaten waren es Ägypten und Indien, die den Baumwollbedarf der Welt deckten; in diesen beiden Ländern hat sich in den letzten Jahren die Anbaufläche für Baumwolle erheblich ausgedehnt. Letzten Berichtes zufolge wurden im laufenden Jahre in Indien 12.713.000 Acres mit Baumwolle bepflanzt, 3 Prozent mehr als im vorigen Jahre. Eine Anzahl anderer Länder haben ihre Baumwollpflanzungen erweitert. In Südamerika ist das wichtigste Baumwollland Brasilien mit 1.800.000 Acres; die staatliche Unterstützung für die Baumwollpflanzung mußte aber in diesem Jahre infolge der schlechten finanziellen Verhältnisse des Staates unterbleiben. In Argentinien sind 225.000 Acres, in Peru 180.000, in Paraguay 120.000 mit Baumwolle bepflanzt. Die indonesische Union besitzt im Zululand ausgedehnte Baumwollpflanzungen. Die Beschaffenheit des Bodens ist hierfür außerordentlich geeignet. Mit dem Ausbau der Eisenbahn im Zululand soll zunächst eine halbe Million Acres Bodenfläche für den Anbau von Baumwolle gewonnen werden. Im südafrikanischen Uganda wird der Baumwollanbau mit britischem Kapital stark gefördert.

Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten.

Lohn- und Lohnbewegungen unseres Verbandes in diesem Jahre.

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. August d. J. war unser Verband an insgesamt 133 Lohnbewegungen beteiligt. Diese hatten durchweg das Ziel, die Forderungen an die gegenwärtigen Lohnverhältnisse anzugleichen. An den Lohnbewegungen war die gesamte Mitgliedschaft beteiligt. 34 der Bewegungen mußten durch Schiedsgericht erledigt werden. In fünf Fällen mußte zum Mittel des Streiks gegriffen werden.

Die Zahl der Tarifverträge, an die unser Verband beteiligt ist, ging von 81 auf 87 zurück. Der größte Verlust entfiel auf die kleineren Tarife. Der Rückgang hängt mit der schlechten Geschäftslage zusammen. Die gesamte Mitgliedschaft wird von Tarifverträgen erfüllt. Gegenwärtig ist der Verband an 57 Tarifverträgen beteiligt. Diese erstrecken sich auf insgesamt 4724 Betriebe. In diesen Betrieben werden rund 450.000 Arbeiter beschäftigt. Davon sind 90.000 Mitglieder unseres Verbandes. Auf dem Gebiete der Lohnentwicklung war ein langsames Aufsteigen der Durchschnittslöhne festzustellen. Bei der Berechnung wurden nur die Hilfsarbeiterlöhne zu Grunde gelegt. Diese sind aber auch maßgebend für die Steigerung der Akkordarbeiten. In den 16 der bedeutendsten Tarifgebieten der Textilindustrie erreichte sich am 1. Januar d. J. ein durchschnittlicher Hilfsarbeiterlohn für die höchste tarifmäßige Altersklasse auf 31,1 Pf. für männliche und auf 23,6 Pf. für weibliche Beschäftigte. Diese Löhne liegen bis 31. August d. J.

auf 38,8 Pf. für männliche und auf 29,6 Pf. die Stunde für weibliche Beschäftigte. Die Steigerung beträgt demnach bei den männlichen Hilfsarbeitern 24,7% und bei den weiblichen Hilfsarbeitern 25,4%.

Also um etwa ein Viertel des Lohnes wurden die Einkommen der Arbeiter in einem Zeitraum von knapp 1/2 Jahren durch die unausgesetzte Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen verbessert. Wie kann es angesichts dieser unumstößlichen Tatsache noch Arbeiter geben, die behaupten können, die Gewerkschaften hätten für die Arbeiter keinen Wert? Die Zahlen aber auch dem Gewerkschaftler Anlaß geben, eine kleine Gewissensforschung bei sich selber vorzunehmen. Wenn durch das Eintreten der gewerkschaftlichen Organisationen der Lohn für den Einzelnen in acht Monaten um 4-8 M. in der Woche gestiegen ist, so muß jeder Gewerkschaftler unter allen Umständen in der Lage sein, seinem Verbands einen angemessenen hohen Beitrag allwöchentlich geben zu können. Wer davor zurückschreckt, muß über kurz oder lang gewahren, daß er einen viel höheren Beitrag in den recht tiefen Beutel des Kapitalismus zahlen muß.

Lohnerhöhungen in der Crefelder Seidenindustrie.

Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses M.-Gladbach vom 25. Sept. wird mit folgender Maßgabe angenommen:

- a) Die Lohnerhöhungen betragen:
- a) für Männer in der Veredelungsindustrie 6 Proz., für Riemendreher 5 Proz.,
- b) für Arbeiterinnen in der Veredelungsindustrie 2 Proz.,
- c) für Akkordarbeiter im Stundenlohn 6 Proz., im Akkord 3 Proz.,
- d) in Seidenstoffwebereien im Stundenlohn 4 Proz., im Akkord 3 Proz.

Die Löhne der Zeittöchter werden vom 4. Oktober, die der Akkordarbeiter vom 7. Oktober erhöht.

Aus unserer Bewegung.

Unsere Wohlfahrtsmarke.

Seit langem schon ist der Zentralwohlfahrtsauschuß der christlichen Arbeiterschaft von einigen Bezirks- und Ortswohlfahrtsauschüssen, besonders von dem Ortswohlfahrtsauschuß in Düsseldorf, aufgefordert worden, durch Ausgabe einer Wohlfahrtsmarke unserer praktischen Wohlfahrtspflege eine regelmäßige Einnahme zu verschaffen. Diesem Wunsche ist jetzt Folge geleistet worden durch Herstellung einer Wohlfahrtsmarke, die entsprechend dem Preisdruck an unsere Mitglieder und Freunde abgegeben werden kann.

Die Wohlfahrtsmarke gibt dem eigenen Charakter einer helfenden Liebesaktivität der Arbeiterschaft Ausdruck. Ein kräftiger, junger Arbeiter stützt mit starkem Arm den armen, hilfsbedürftigen Invaliden. Der handarbeitende Bruder hilft dem nicht mehr arbeitsfähigen. Es ist dieses eine Bitte an alle kräftigen, verdienenden Arbeitsbrüder, von dem Wenigen, was sie haben, noch ein Weniges für alle entbehrenden Standesgenossen, die unfähig sind, sich selbst zu helfen, zu geben.

Die Marke liegt in den Werten von 10, 20 und 50 Pfennigen vor, so daß jeder instande ist, entsprechend seinen finanziellen Verhältnissen unsere praktische Wohlfahrtspflege zu unterstützen. Sie kann als Beitragsmarke regelmäßig wöchentlich oder monatlich in das Mitgliedsbuch der gewerkschaftlich organisierten eingetragen werden. Sie kann auch als Briefverschluss benutzt, oder bei feierlichen Anlässen, z. B. Ortsgruppen- und Kartellfestlichkeiten, geselligen oder Vortragveranstaltungen usw., verkauft werden. Eine besonders gute Gelegenheit des Verkaufes sind die jetzt überall stattfindenden Feiern des 25-jährigen Jubiläums der christlichen Gewerkschaften.

Die Marken können bezogen werden durch den Zentralwohlfahrtsauschuß der christlichen Arbeiterschaft in Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 251, oder durch den zuständigen Landeswohlfahrtsauschuß.

Die Festschrift zur 25-Jahrfeier.

Zur 25-Jahrfeier der christlichen Gewerkschaften hat der Gesamtverband eine Festschrift herausgegeben. In wirkungsvoller Weise werden Wollen und Wirken der Bewegung in dieser Schrift geschildert. Einleitend gibt Adam Stegerwald einen Ueberblick über die 25-jährige Arbeit der christlichen Gewerkschaften. Es handelt sich hierbei nicht um eine trockene Darstellung der Entwicklung der Mitglieder- und Kampferhältnisse. Die christlichen Gewerkschaften sind vielmehr hineingestellt in das ganze öffentliche Leben, und wird das, was sie hier waren und erreichten, anschaulich geschildert. Dem historischen Ueberblick folgen die Vorschläge: Franz Wieber: "Unsere christliche Grundausfassung"; Franz Behrens: "Unser nationales Wollen"; Bernhard Otte: "Unsere Sozialausfassung". Diese Aufsätze ergänzen die von Stegerwald gegebene geschichtliche Uebersicht nach der grundsätzlichen Seite hin. Klar und deutlich wird ausgeprochen, welchen Grundzügen die christlichen Gewerkschaften handeln und welche Ziele sie erstreben. Klarheit und Wahrhaftigkeit soll damit jeder über die christlichen Gewerkschaften erhalten, der sie erhalten will. Auf's neue wird gezeigt, daß die christlichen Gewerkschaften sich im Wandel der Jahre selbst treu geblieben sind, daß aber die Zeit gekommen ist, wo die agitatorische Seite der Bewegung zurücktritt, gegenüber den positiven Aufgaben, die die Stellung der Gesamtarbeiterschaft in Gesellschaft und Wirtschaft erheischen.

Um jetzt, die heute die Vorteile gewerkschaftlicher Arbeit genießen, ohne die Geschichte der Bewegung selbst miterleben zu haben, zu zeigen, welche Mühen und Opfer es gekostet hat, die christlichen Gewerkschaften hochzubringen, enthält die Festschrift eine Reihe Aufsätze "Aus dem Leben unserer Führer". Die meisten dieser Lebenserinnerungen wurden von den betreffenden Kollegen selbst niedergeschrieben. Bester als durch die Wiedergabe persönlicher Erinnerungen kann das Interesse an der Gewerkschaftsgeschichte kaum geweckt werden. Die Festschrift enthält Biographien von Ernst J. Stegerwald, Behrens, Wieber, Giesberts, Imbusch, Fr. Behm, Schärer, Kurtzsch, Wiedberg, Hans Braun, J. W. Schmidt, Lehmann, Schwaninger, Weier, Köster, Kühme, Effert, Schütz, Camps, Peich, Böring und Becker-Eddin. Der Abschluß der Festschrift bildet ein Aufruf von Bernhard Otte: "Führertum und Zukunft der Bewegung". Das Zukunftsproblem der christlichen Gewerkschaften ist nicht in letzter Linie das Problem des Führertums. Die knüpft an die Vergangenheit an und zeigt, wie der Geist der Gründungszeit bei den Führern noch gehalten werden muß,

wenn die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Aufgaben meistern will.

Die Festschrift ist auf feinstem Kunstdruckpapier hergestellt. Sie umfaßt 272 Seiten. Dem Text eingefügt sind 75 Bilder von Gewerkschaftsführern, von Führern der Bewegung aus der Gründerzeit und den heute an der Spitze der Bewegung stehenden Personen. Die Festschrift ist so ein Buch von dauerndem Wert. Der Preis von vier Mark ist bei Inhalt, Umfang und Ausführung der Schrift ein sehr geringer. Wer mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung sich veranlassen fühlt, wird gern den Betrag opfern, um seine Hausbibliothek mit der Festschrift zu bereichern. Als selbstverständlich muß gelten, daß es keine Ortsgruppe geben darf, die die Festschrift nicht der Ortsgruppenbücherei einverleiht.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dotternhausen in Württemberg. Von unserer Jubiläumsfeier. Unsere Ortsgruppe veranstaltete aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften eine kleine Jubiläumsfeier, zu der die Mitglieder, soweit sie im Ort anässig sind, fast vollständig erschienen waren. Gauleiter Saile referierte über das Thema: "Wozu Gewerkschaften und wozu christliche Gewerkschaften?" Vor Beginn des Referats gedachte er der im Laufe der 25 Jahre gestorbenen Vorkämpfer unserer Bewegung, insbesondere des Gründers der christlichen Gewerkschaften August Brust, dem es nicht mehr vergönnt gewesen ist, die Jubiläumsfeier mitmachen zu dürfen. Er forderte die Anwesenden auf, zur Ehre und zum Andenken an die Verstorbenen sich von ihren Sigen zu erheben. In dem Referat, das ganz für die Festlichkeit eingestellt war, wurde uns klar vor Augen geführt, wie die Arbeiterschaft gewertet wurde, ehe die Gewerkschaften bestanden, mit welchen Schwierigkeiten unsere Gewerkschaftspioniere zu kämpfen hatten, bis es so weit war, wie es am Tage des Jubiläums vor uns liegt.

Die Frage, wozu christliche Gewerkschaften, ist vom Redner so eingehend behandelt und zerlegt worden, daß es jedes einzelne Mitglied verstehen konnte. Mit dem Moment, so führte er aus, wo die freien Gewerkschaften nicht mehr frei waren, war auch der Zeitpunkt da, wo es eine Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung geben mußte. Er wies auch deshalb den Vorwurf, wir wären die Arbeiterzerfplitterer, ganz entschieden zurück, und sei der festen Ueberzeugung, wenn die freien Gewerkschaften wirklich frei geblieben wären (von jeder Parteipolitik), so wäre die Gründung einer christlichen Gewerkschaft nie notwendig geworden. Aus diesen Tatsachen mißte doch jedes einzelne Mitglied herausfinden, wo die Zerfplitterung zu suchen seien.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen gab er einen kleinen Ueberblick über die Auswirkung des Londoner Abkommens, sowie über die Belastung der deutschen Industrie. Aus dem Gesagten ging hervor, daß der Einwand der Arbeitgeber, die Lasten nicht tragen zu können, wenn nicht billiger und länger gearbeitet werde, nicht stichhaltig sei. Schon heute höre man die Klagen, trotzdem die Zahlung für die Industrie erst am 1. September 1925 beginne. Anschließend an den in allen Teilen lehrreichen Vortrag, gaben einige Kolleginnen zur Verschönerung des Abends einige humoristische Vorträge und Gesänge zum Besten. Ein schönes Gedicht, vorgetragen von Gauleiter Saile, schloß sich an, das von der Aufmunterung zur Gewerkschaft handelte. Wir wollen es zum Schluß hier folgen lassen:

Aufmunterung.

Auf, Kollegen, schließt die Reihen, reichet euch die Bruderhand.
Alle müssen wir uns sammeln, stärken, fördern den Verband.
Laßt die Lausheit jetzt beiseite, leset das Verbandsorgan,
Denn an Menschen, die nichts wissen, legt mans Maß der Dummheit an.

Gründlich müßet ihr euch schulen, pflegen den Gewerkschaftsgeist.

Leget ab das große Uebel, das gewöhnlich Stumpfheit heißt.
Auch die Trägheit laßt schwinden, die in jeder Arbeit heißt.
Und verschleiert nichts auf morgen, was ihr leisten könnt noch heut!

Eure Menschenfurcht verlernet, seit nicht feige und nicht feil,
Wenn man die gerechten Wünsche, die ihr stellt, beschneiden will.

Wartet nicht bis andre kommen, machet selber frei die Bahn,
Ueberlaßt auch nicht einem alles, was man selber kann.

Auf, Kollegen, schließt die Reihen, reichet euch die Bruderhand,

Schwöret Liebe, schwöret Treue, ew'ge Treue dem Verband!
Sammelt Kämpfer, sammelt Streiter, holt herbei den letzten Mann,

Was für alle wir erreichen, haben wir uns selbst getan.

† Sterbetafel. †

- Wemme Ottilie, Philippsdorf, 47 J. — Weber Rosa, Speffart, 17 J. — Hermeling Gerhard, Rheine, 58 J. — Beyer Ernst, Crefeld, 65 J. — Bortolini Leopold, Augsburg, 54 J. — Müller Hubert, Giesenkirchen, 72 J. — Härzer Anton, Günzburg, 26 J. — Kreis Johanne, Düren, 31 J. — Knops Peter, Nachen, 71 J. — Fritzer Anna, Epe, 30 J. — Pfingstentier Berta, Niederroschel, 25 J. — Quisfeld Wilhelm, Bocholt, 22 J. — Themes Johann, Bocholt, 71 J. — Graab Anna, Wassenberg, 26 J. — Huber Delfine, Füssen, 27 J. — Wödel Adolf, Niederoderwich, 54 J. — Blümel Anna, Langenberg, 28 J.

Ruhet in Frieden!

Inhaltsverzeichnis.

Die Vorbereitung. — Artikel: 25 Jahre christl. Gewerkschaften. — Aus der Jugendzeit unserer Gewerkschaftsführer. — Einen überaus wertvollen Beitrag zur Geschichte unseres Verbandes. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet. — Die Rheinisch-Westfälische Textilberufsgenossenschaft im Jahre 1923. — Vom Achtstundentag. — Die Arbeitnehmer als Wirtschaftsträger. — Allgemeine Wandlung: Zurück zum alten Glauben an Gott! — Gründung einer neuen Gewerkschaft. — Aus der Textilindustrie: Neue Baumwollländer. — Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten: Tarif- und Lohnbewegungen unseres Verbandes in diesem Jahre. — Lohnerhöhungen in der Crefelder Seidenindustrie. — Aus unserer Bewegung: Unsere Wohlfahrtsmarke. — Die Festschrift zur 25-Jahrfeier. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dotternhausen in Württemberg. — Sterbetafel.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstr. 33.